

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Abonnement: frei
jeweils monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Jahresgebühren. Bezugs- und
Druck-Verantwortlichkeit für den Bezirk Halle-Merseburg, GmbH., Halle, Vertriebsstraße 14.

Abonnement: 12 Pfennig für den Kilometer Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Restpost in Textteil.
Manuskripte zu richten nach Halle, Vertriebsstraße 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf
Halle. Postkonto: Commerce- u. Privat-Bank, Halle. Vertriebskonto: Zeitung 1089 48 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Montag, 27. September 1926

6. Jahrgang * Nr. 227

An das werttätige Volk Mitteldeutschlands!

Eine einzigartige Fülle von sich gegenseitig ergänzenden reichen Naturkräften, verbunden mit einer günstigen geographischen Lage und mit günstigen Verkehrsmöglichkeiten, zeichnen das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet aus.

Unerschöpfbare Braunkohlevorräte liefern den billigsten Brennstoff für die chemische Industrie, für die Kalk- und Zuckerverarbeitung, einen ebenso billigen Rohstoff für Stromerzeugung und für die Weiterverarbeitung zu hochwertigen Erzeugnissen. Kalk- und Kupferschähe, fruchtbarer Boden — alle Naturbedingungen sind gegeben, deren vernünftige Ausnutzung im Interesse der arbeitenden Massen Millionen von Werttätigen ein menschenwürdiges Leben sichern würde.

Bringt die Entwicklung der Wirtschaft, die steigende Ausnutzung der Naturkräfte mit Hilfe neuer Erfindungen auch steigenden Wohlstand, erträgliches Dasein für das arbeitende Volk in Stadt und Land mit sich?

Im Gegenteil! Wohl schreitet der Ausbau der mitteldeutschen Industrie im amerikanischen Tempo fort. Die neue Großmacht in Deutschland, der Chemietrust, hat sein Hauptquartier in Mitteldeutschland aufgeschlagen. Unter der Führung des Chemiekapitals sind gegeben, deren gewaltigste Konzentration, die Europa je erlebte. Die anderen Produktionszweige, die Braunkohlenindustrie, Elektrizitätsindustrie, Kalk- und Kupfererzeugung, werden ebenfalls von großen Trusts und Syndikaten beherrscht, die dabei in steigende Abhängigkeit zum Chemietrust geraten.

Eine kleine Gruppe von Großaktionären der Trusts steuert die Kassenprofile ein, die durch schrankenlose Ausbeutung der Industriearbeiter und durch eine alle Schichten des werttätigen Volkes gleich belastende Preistreibelei entleert.

So konnte der Chemietrust sein Kapital vor kurzer Zeit von 646 Millionen Mark auf 1100 Millionen Mark erhöhen. Für das Jahr 1925 wurden 64 Millionen Mark Dividenden an die Großaktionäre, zu denen auch der Kronprinz von Oels gehört, ausgeschüttet. Der diesjährige Profit der Chemieförderung wird mindestens

150 Millionen Mark

ausmachen. Auch die mittleren und kleineren Gesellschaften Mitteldeutschlands weisen steigende Profite auf. Täglich erscheinen Geschäftsberichte über Dividenden von 10 und 12 Prozent, wobei ein großer Teil der Gewinne geheimgehalten wird.

Amerikanische Profile!

Wo bleiben aber die amerikanischen Löhne?

Die Löhne der mitteldeutschen Arbeiter, die im Durchschnitt niedriger sind als die in anderen Gebieten Deutschlands gezahlten Löhne, sind nicht steigend.

Das profitgierige Kapital strebt statt Lohnerhöhungen nur nach immer weiterer Erhöhung der Arbeitsleistung auf der ganzen Linie: in Werkstatt, in Kontor, auf dem Lande.

Im Obergamgbezirk Halle betrug die Förderleistung im Braunkohlenbergbau je Kopf im Jahre

1923: 695 Tonnen

1924: 996 Tonnen

1925: 1220 Tonnen

Förderleistung: 1056 Tonnen
30 Braunkohlengruben wurden im Jahre 1925 stillgelegt. 8000 Braunkohlenarbeiter stiegen allein im Obergamgbezirk Halle auf die Straße.

Dies nur ein Beispiel für die kapitalistische Nationalisierung, wie sie in der gesamten mitteldeutschen Industrie und Landwirtschaft angewendet wird.

Ist die Nationalisierung beendet? Keineswegs. Die Trusts-ähnliche Mitteldeutschlands wollen die Nationalisierung fortsetzen, um das ganze Wirtschaftsgebiet in eine einzige Kolonie des Chemie-, Braunkohlen- und Elektrizitätskapitals, sowie der Großgrundbesitzer zu verwandeln. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und hohe Profite: das ist die heilige Dreieinigkeit des mitteldeutschen Kapitals.

Um ihre Herrschaft zu sichern, halten die Chemie- und Kalkförderer im Bunde mit den Junkern die sozialistischen Verbände aus und lassen die werttätige Bevölkerung, besonders auf dem Lande, durch Stahlhelmbanden terrorisieren. Sie haben mit riesigen Summen den Kampf gegen die Fürkennzeichnung finanziert und können es noch jetzt nicht verschmerzen, daß trotz allen Terrors und wüster Agitation

350 000 Werttätige

allein in der Provinz Sachsen für die Fürkennzeichnung ihre Stimme abgegeben haben.

Nüchtern ist die Politik unserer mitteldeutschen kapitalistischen Raubritter nur gegen die Arbeiterklasse?

Keinesfalls! Erstens ist das Vermögen, das sie durch Ausbeutung der reichen Naturkräfte zusammenkrassen, das Vermögen des gesamten werttätigen Volkes. Die Braunkohle, die durch Veredelung der aus Braunkohle gewonnenen Erzeugnisse, der für die gesamte Volkswirtschaft entscheidende künstliche Oel, Kalk, Kupfer, Bodenschähe und Bodenextrakt — sie bilden alle Volkserzeugnisse und werden heute

vom Truistkapital entzündungslos entzweigelt.

Zweites droht die Raubwirtschaft der Scharfmacher mit einer wirtschaftlichen Dauerkrise, von der alle werttätigen Schichten betroffen werden. Das Fehthalten an den niedrigen Löhnen und die künstliche Erzeugung einer Massenarbeitslosigkeit durch lange Arbeitszeit, die stetig wachsende Teuerung und der ungeheure Steuerdruck gerade auf die Werttätigen führt zur Unterhöhlung der Kaufkraft der breiten Massen. Die Opfer sind die kleinen Kaufleute, die Kleinwerkbetreibenden, das Hauswerk, die Kleinbauern.

Ein Bild von dem ungeheuren Massenelend in Mitteldeutschland geben folgende Zahlen, in denen die Massen der Ausgesteuerten nicht enthalten sind:

Hauptunterstützungsempfänger in der Provinz Sachsen	64 663
Zuschlagsempfänger in der Provinz Sachsen	80 933
Unterstützte Erwerbslose in Halle	4 064

An alle Delegierten der Erwerbslosen zum Kongreß der Werttätigen!

Für eine Reichstagskongress der Erwerbslosen

Das vorbereitende Komitee für den Reichstagskongreß der Werttätigen hat den Kongreß für Ende November einberufen. Die am 26. September in Halle tagende Konferenz der Erwerbslosen und Betriebsleitererzieht die Einberufung des Kongresses.

Die unerhörte wirtschaftliche wie politische Ohnmacht des Kapitals gegen die Arbeiterklasse sowie gegen das gesamte werttätige Volk erfordert von der Arbeiterklasse und allen werttätigen Schichten ein gemeinsames Handeln zur Abwehr dieser Offensiven. Die Konferenz ermahnt deshalb, daß die Erwerbslosen, die Arbeiter aus den Betrieben, die Gewerkschaften, die Inflationsopfer, die Sozial- und Kriegserntner, der verarmten Mittelstand, die verarmten Kleinbauern und alle Schichten, die unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden haben, aus dem ganzen Reich ihre Delegierten zu diesem Reichstagskongreß entsenden. Der Kongreß muß die Grundlage für den gemeinsamen Kampf aller Schichten schaffen.

Von allen Schichten der werttätigen Bevölkerung sind es die Erwerbslosen, die am meisten unter der heutigen Krise, unter den Wirklungen der kapitalistischen Nationalisierung zu leiden haben. Die Erwerbslosigkeit ist eine Dauererscheinung geworden. Die Nationalisierung und ihre Folgen für die Arbeiterklasse, der Kampf gegen die Erwerbslosigkeit wird darum einer der entscheidendsten Punkte auf dem Kongreß der Werttätigen sein. Zur Beratung der letzten Aufgaben der Erwerbslosen im Kampf gegen die Nationalisierung und Erwerbslosigkeit und zur Zusammenfassung der Erwerbslosen im Reichsaktionäre berufen die Konferenzen von Berlin-Brandenburg, Halle und Hamburg eine Reichstagskongress aller Delegierten der Erwerbslosen. In zwei Tagen vor Sitzfinden des Kongresses der Werttätigen ein und fordern alle Delegierten der Erwerbslosen an, zeitlos zu dieser Konferenz zu erscheinen. Der Provinzialkongreß der Erwerbslosen und der betriebsleitenden Arbeiterklasse von Berlin-Brandenburg wird ersucht, die Durchführung dieser Konferenz zu organisieren.

Es lebe die Reichstagskongress der Erwerbslosen!

Es lebe der Kongreß der Werttätigen!

Schon allein die Wiederherstellung des Achtstundentages würde dem übergroßen Teil der Erwerbslosen die Betriebs-tore öffnen. Im mitteldeutschen Bergbau z. B. könnten nach amtlichen Statistiken bei Festlegung des Achtstundentages bzw. der Siebenstundenschicht unter Tage sofort 16 376 Erwerbslose eingestellt werden.

Das Truistkapital fürchtet sich aber nicht um neue Wirtschaftskrisen, wenn es dabei profitiert, und die deutsche Unterschicht hat schon oft gezeigt, daß sie, von schrankenloser Profitgier verblindet, ganze Industriezweige in Grund und Boden wirtschaftet.

Die kapitalistische Rationalisierung wird, wenn die Werttätigen sich ihr gegenüber nicht zur Wehr setzen, gerade in den Gebieten Deutschlands, wo sie am brutalsten durchgeführt wird, das größte Elend hervorrufen. Das ist insbesondere in Mitteldeutschland der Fall.

Gibt es keinen Ausweg?

Die Arbeiter und die werttätigen Schichten der Bevölkerung haben sich schon einmal im gemeinsamen

Kampf gegen den Fürkennraub

zusammengefunden. Diese Forderung, um die sich 15 Millionen erheben konnten, muß erneuert erhoben werden. Zugleich aber müssen sich heute die Massen im Kampf gegen die gesamte Raubwirtschaft, im Einklang mit dem Brot und Arbeit zusammenfinden.

Nüchtern und sachlich müssen wir die Frage stellen: Ist ein Ausweg möglich? Und wir antworten nach Prüfung der gesamten Lage mit Ja!

Wir begrüßen die Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung des Reichstagskongresses der Werttätigen und sein Manifest und rufen zur gründlichen Beratung der gesamten Lage der Werttätigen in Mitteldeutschland zu einem

Landestagskongreß

der Werttätigen Mitteldeutschlands

auf, auf dem alle wirtschaftlichen, kommunalen, sozialpolitischen Forderungen des werttätigen Volkes in Stadt und Land durchgesprochen und die Kräfte zu ihrer Durchsetzung zusammengefaßt werden sollen.

Es gilt, für jede kleinste Besserung in der Lage jedes einzelnen Opfers zu kämpfen. So gilt es angehend der ausgeprägten Konjunktur in Mitteldeutschland mit doppelter Energie den Kampf zu führen

um eine mindestens 20prozentige Lohnerhöhung; um den Achtstundentag als Höchstgrenze der Arbeitszeit; um die Wiedereinrichtung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess durch Verkürzung der Arbeitszeit und Bereitstellung von ausreichenden Mitteln seitens Staat und Kommune zur Arbeitsbeschaffung; um die Abschaffung der preisverzerrenden Zölle und indirekten Steuern, Abwälzung aller Steuerlasten auf die Reihenden. Verbot jeder Steuerpändung bei den werttätigen Bauern.

Es gilt aber auch zu begreifen, daß in Mitteldeutschland, wo die verhärtete Ausbeutung der Arbeiterklasse sich auf der Ausbeutung der Naturkräfte aufbaut, eine entscheidende Wendung nur dann eintreten kann, wenn diese Schätze in die Hände des werttätigen Volkes selbst überführt werden.

Unter der Losung der

Nationalisierung der Bodenschähe (Braunkohle, Kupfer, Kalk), der Großindustrie und des Großgrundbesitzes

müssen die arbeitenden Millionen Mitteldeutschlands den Kampf aufnehmen, um die Bestimmung ihres Schicksals in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Ausführlicher Bericht über die Reichstagskongress der Erwerbslosen, auf der einstimmig das vorstehende Manifest angenommen wurde, siehe Seite 5.

Der provisorische Ausschuß zur Vorbereitung des Landestagskongresses der Werttätigen Mitteldeutschlands

Die Große Koalition als Augenpaar zur Entwicklung des neuen Imperialismus

Zwei bezeichnende Vorkommnisse

Der Führer der deutschen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, veröffentlicht in seiner Zeitung „Der Deutsche“ vom 23. September einen Leitartikel über die Rede Steigerwalds und die Stellung der Sozialdemokratie dazu. Stegerwald unterscheidet darin die Ursachen der Rede Steigerwalds und stellt vornehmlich fest, daß die Rede nicht als private Äußerung des Industriellenführers aufzufassen sei, sondern die Meinung des Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie wäre.

Die Ursachen des Koalitionsangebotes an die sozialdemokratischen und die Gewerkschaften sind Stegerwald nicht richtig in der wirtschaftlichen Lage. Er stellt fest, daß während des Krieges sich eine Reihe unentwickelter Staaten industrialisiert haben, daß die Konkurrenz größer geworden ist und daß Dank in dem Maße die Vertraulichkeit vor sich geht. Er schreibt:

„Neue industrielle Anlagen wurden an neuen Plätzen geschaffen und vorhandene auf die denkbar größte Leistungsfähigkeit gebracht. Dabei entsteht ein nationaler und internationaler Markt nach dem anderen: Karbentanz, Stahltrumpf u. a.; andere sind in Vorbereitung. Deutschland hat aber einseitig seinen Vorkriegsanteil am Weltmarkt noch nicht wieder erreicht, während es andererseits selbst im Hochsommer 1926 noch 1,5 Millionen Arbeitslose zählt. Die werdenden Industrieländer, die sich erst langsam ihre Absatzmärkte sichern müssen, möchten in solcher Situation Ruhe haben: Ruhe vor Kapitalistischer Konkurrenz, Ruhe vor vielen Streiks, Ruhe vor sonstigen Störungen.“

Das ist das Ziel, das die Unternehmer haben, da sie außerpolitisch zu einer gewissen Beruhigung gelangen sind. Die Regierungsbahnen sind erweitert worden und da bei einer Reichstagswahl die Partei leicht, muß man die Regierung ohne Wahlverbreitern. Das muß vor allem Dingen dienen, um der Opposition nicht Gelegenheit zu geben, bei der nächsten Wahl härter zu werden. Das Unternehmen braucht Ruhe und Steigt, um seine imperialistischen Pläne vorbereiten zu können. Das Vorkriegsziel hat alle Verhältnisse, die dem Unternehmen für die Durchführung seiner Pläne notwendige Ruhepausen durch Kampf gegen das Unternehmertum zu durchsetzen.

Den Zweck der Rede Steigerwalds verriet sehr offen die „Leipziger Volkszeitung“ in dem ersten Briefwortern des Stahlheim-Bildes in Sachsen geschrien. Dieses Blatt schreibt:

„Die gelamte Wirtschaftslage drängt dazu, daß wir die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit einer gründlichen Revision unterziehen. An tausend Einzelheiten sehen wir, wie heute in Welt und Mitteleuropa ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bestanden, das vor der Aufgabe gestellt ist, die Gleichberechtigung der europäischen Industrieländer gegenüber dem Herrschenden hart aufzukommen. Zwischenhandlungen wirtschaftlicher Macht in Amerika, in England, im britischen Reich und in Japan, die den Kern der internationalen Wirtschaftseinheit bilden und muß, nach Lage der Dinge, auf Grund entscheidender geographischer Umstände, Deutschland bilden. Diese Funktion, die nicht nur Vorteile und Nachteile, sondern ebenfalls auch neue Verantwortung und harte Verantwortung mit sich bringt, kann Deutschland nicht zur Erfüllung bringen, wenn es nicht geistig wach, bereit insbesondere vor der freien Idee des Klassenkampfes, der die Arbeitseindeute vernichtet und das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbessert. An Stelle des Klassenkampfes die Arbeitsgemeinschaft!“

Die Arbeitsgemeinschaft soll dazu dienen, der deutschen Bourgeoisie zur führenden Rolle innerhalb eines neuen imperialistischen Bundes zu verhelfen, der sich einerseits gegen Ausland, andererseits gegen Amerika und England richten soll. Damit ist auch deutlich die Rolle erkennbar, die die reformistische Führer des ADGB und der SPD bei der Unterfütterung der Koalitionsbestrebungen der Bourgeoisie spielen.

Auf dem Wege zur Großen Koalition in Preußen

Kapitulation vor Wilhelm dem Ausgerissenen

Der „Reichsbote“ der deutschen Presse“ meldet, daß die Deutsche Volkspartei an die Zentrumspartei über die Möglichkeit der Koalitionserweiterung in Preußen. Der Reichsbote der deutschen Presse“ wird herausgegeben von dem Zentrumsmann Dr. Steiner; die Werbung über die angebotenen Verhandlungen kann also als authentisch betrachtet werden.

Selbstverständlich verurteilt die deutschnationalistische Presse, die Werbung trotz alledem in Zweifel zu ziehen, weil sie nach Sicht den Lippen des Reichsbotes, die sie ihren Lesern diese Lesung begreiflich machen kann.

Die „Volksliche Zeitung“, die über dieselbe Frage immer nur unterrichtet ist, weiß noch mehr. Sie weiß, daß am Montag Leibzig von der Deutschen Volkspartei und Hoch zum Zentrum verhandelt werden. Wenn diese Verhandlungen abgeschlossen sind, aber zu einem gewissen Ergebnis kommen, wird das Zentrum selbstverständlich die Koalitionserweiterung in Preußen in Form einer Koalition der Demokraten und Sozialdemokraten informieren. Die Volkspartei wollen die Frage so schnell wie möglich klären. Sie wollen nach der Partei, die in den nächsten Wochen stattfindet, zu einem Ergebnis gelangen, damit sie dort ihren Mitgliedern und Vertretern die neue Politik, vielmehr die Fortsetzung der alten, plausibel machen können.

Der Berliner Berichterstatter der französischen Zeitung „Quotidien“ meldet, seinem Blatt, daß Steiermann für die Große Koalition in Preußen ist. Sie kann dann selbstverständlich nur der Anfang zu der Großen Koalition im Reich sein.

Die „Volksliche Zeitung“ bemerkt recht richtig, daß die Verhandlungen um die Erweiterung der Regierung ja von der preußischen Regierung selbst gewünscht werden und erinnert daran, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident in seiner ersten programmatischen Erklärung nach dem Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der Regierung betonte, daß sein Programm das gleiche Ziel, wie der der Sozialdemokraten, die Große Koalition in Preußen nicht geschlossen, es hat sich die Berliner Koalition gebildet. Der Bürgerbrot im Reich, das heißt, die Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung, ist vorläufig gescheitert. Es kommt darauf an, in der Zeit der tiefergehenden Wirtschaftskrise und der Abschaffung der Arbeiter im Reich die Sozialdemokraten wieder in die Regierung zu nehmen. Deshalb wird vorher Große Koalition in Preußen gemacht. Die Sozialdemokraten, wichtigsten ihre Führer, werden nichts dagegen haben, sie freuen sich, daß die Große Koalition in Preußen, mit der sie doch jahrelang zusammengearbeitet haben, wieder kommt. Die „Volksliche Zeitung“ bemerkt: „Im ganzen aber darf man den in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Wiederherstellung der Großen Koalition in Preußen ein günstiges Prognostikon stellen.“

Die sozialdemokratische Führer werden sich einigen mit den Volksparteiern, wenn die Arbeiter in der Sozialdemokratie die Koalition nicht verhindern. Die Große Koalition in Preußen bedeutet u. a., daß Braun und Seegering gewollt sind, Wilhelm's Ansprüche rechtlos zu befriedigen. Die

letzten Verhandlungen mit dem Exzellenzmilitär Wilhelm, von Berg, waren Wilhelm'sine auf dem Wege zur Großen Koalition in Preußen.

Heiliges Hochkapitelium im „Volksblatt“

Vom Vognacht und von einem französischen Jint

Es gibt Menschen, die wenig Kenntnisse haben, und die gerade aus diesem Mangel an Kenntnissen das wenige, was sie wissen, in einer Art zur Schau stellen, daß man bei jedem Jint, bei jedem Fremdwort meckert, wie sie sich produzieren, um ihre Kenntnisse an den Mann zu bringen.

Das „Volksblatt“ vom Freitag und Sonnabend bietet hierfür besonders gute Beispiele. Da ist z. B. in der Sonnabend-Kammer auf der ersten Seite ein Artikel, der die Ueberlieferung trägt: „Knod-out“, der in einem französischen Wortschatz beheimatet, daß alle Welt der Demoplen-Tunnen-Pfunde erliche. Wer nun glaubt, daß damit diesem Fall Genüge getan ist, der irrt. Der Artikel nämlich ist nur die Einführungsdarstellung, daß auf der zweiten Seite die biologischen Bedeutung dieser Zutat, die Soziologie des Dichters Herbert Eulenberg, durch deren Wiedergabe man seine hoherhabere Gelehrtheit darlegen will. Was haben die Arbeiter mit einem solch minderwertigen Schriftsteller zu schaffen? Religiös wird die Gegenüberstellung von Streitemann und Demoplen als der geistigen und ungeistigen Völer. Die Arbeiter schaft bedankt sich dafür, Streitemann als geistig- Erziehung zu werten. Seine letzten Welterwörter, die sich in ihrer formaleren Gewandtheit nicht die Philister- und Bierbrüder des Dritten Reiches, die sich nicht nur in dem Bereich der religiösen imperialistischen Konfessionen: dem heiligen Profittreit nach neuen Kolonien, nach neuen Ausbeutungsmöglichkeiten. Aber das „Volksblatt“ behauert, daß man nicht mehr Streitemann, sondern Demoplen-Tunnen Trumpf geworden ist und darum jetzt es mit Jagenbuchfische: Citra, von der biologischen Bedeutung dieser Zutat, die Soziologie des Dichters Eulenberg in einer Zusammenhänge zu stellen. Das tut das „Volksblatt“ nicht. Es benutzt das Wort soziologisch nur, weil es heute sehr viel gebraucht wird und dazu beitragen könnte, dem Schreiber in ein geistiges Licht zu rufen. Einen Zusammenhang zwischen der religiösen Kolonien und dem Demoplen-Tunnen-Schwandel in der deutschen Presse herzustellen, kann es keine Rede. Aber das würde dabei führen, daß man eine Kampffähigkeit gegen den neuemartigen Imperialismus einnehmen müßte und nicht dem Demoplen-Schwandel nachlaufen könnte. — Das „Volksblatt“ ist toll, alle Wendungen der imperialistischen Politik treu und brav nachzumachen. Was brauchen die Konterrevolutionäre mehr?

Fransösishe Jitate in einem Arbeiterblatt! Will derjenige, der sie liest, seinen launenden Lesern bemerken, daß er französisch sprechen kann? Leider ist dies vollkommen daneben gelangen. Das Sprichwort — eines der launhaftesten, das jede Dichterschwärmer kennt — heißt nämlich: „Chacun rend toujours a ses vireux amours“, sondern: „On revient toujours aux premiers amours“. (Man kehrt immer zu seiner ersten Liebe zurück). — „Vieux amours“ — sind alle Schwärmer. Der Schreiber versteht nichts von Fransösisch und verliert keine Arbeitseierleier eine „Bildung“ vorzugucken, über die er nicht verfügt.

Unter dem Dittat der Putzschicken

Jeremiade des Berliner Bisepolizipräsidenten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 27. September.

Der Berliner Bisepolizipräsident Friedensburg teilte auf der Tagung des Republikanischen Reichsbundes mit, daß der Entwurf der Putzschicken von Hugenberg und Lösch auf Anordnung des Oberverwaltungsamts wegen ihrer miltärischer Geheimnisse verhaftet worden ist. Es handelt sich um den früheren Sanitäts Diel, der früher zum Kreise Hugenbergs gehörte, dann aber sich von ihm löste.

Diese Tat ist die erste des neuen Oberverwaltungsamts Dr. Werner und beweist, daß Werner dem Gernern in nichts nachsteht. Friedensburg teilte mit, daß die Putzschicken während des Reichstages auf Befehl des Münchener Amtsrates des Berliner Bisepolizipräsidenten den Befehl zur Beschlagnahme von Volksentscheidungsplätzen geben mußte, trotzdem die Regierung anderer Auffassung gewesen ist. Die von der Preussischen Regierung aufgestellten Bundesverbände, wie die Putzschicken, hätten sich nicht nach dem Reichstag, sondern die Preussische Regierung etwas dagegen machen könnten.

Diese Rede Friedensburgs müßte auf jeden schwarzgoldenen Republikaner wie ein Donnerkeil wirken. Friedensburg läßt den Schreier und sagt, wie die Dertzen Senierung und Braum in einer grobenhaften Haulichen Weise von den Reichstagen und ihren Vertretern abhängig sind. Wir fragen jeden ehrlichen Sozialdemokraten, hind das auch noch eure Vertreter, hind das überhaupt noch Minister, die sich in dieser Weise von der schwarzgoldenen Reaktion das Geheh des Handens nachordnen lassen und die in eurer Presse als die großen Männer gefeiert werden?

Der älteste Sohn des Kronprinzen in die Reichswehr eingetretten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 27. September.

Ans „unverlässlicher, stets unvollkommener Quelle“ erzählt die „Korrespondenz“, daß vor kurzem der älteste Sohn des Kronprinzen, Wilhelm, Prinz von Preußen, in die Reichswehr eingetretten ist. Der etwa 20jährige junge Mann ist bei der letzten Kompanie des Preussischen Infanterieregiments Nr. 9 in Potsdam, der Traditionskompanie des 1. Garde-Regiments zu Fuß, eingetretten, in der die Prinzen des Hauses Hohenzollern ausnahmslos ihre Militärlaufbahn begonnen haben. Der junge Mann, der für die extreme national und völkische Kreise als der legitime Erbenprinzident gilt, wird nur vorübergehend in der Reichswehr Dienst tun.

Erwerbslosenkontoren für Berlin-Brandenburg

(Eig. Drahtm.) Berlin, 27. September.

Wie Aufsicht zum Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung und zum Kongreß der Werttätigen sagt, werden in Berliner Erwerbslosenkontoren für Berlin-Brandenburg und Betriebskontoren für Berlin-Brandenburg und der Provinz, gegenwärtig 200 Delegierte, davon 176 aus den Betrieben und 24 von den Erwerbslosen. Es wurde ein 20köpfiger Erwerbslosen-Konferenzausschuss gewählt, der sich aus Erwerbslosen und Betriebsvertretern zusammensetzt. Die Konferenz verließ in voller Einmütigkeit und bezeugt einen großen Geist vorwärts.

Leipziger Grodbetriebe für den Kongreß der Werttätigen

Im Rahmen der gewerkschaftlichen Werbemaße nahm eine kommissionierte Verammlung der Grodbetriebe der Bahnhöfe Leipziger Eisenbahn für den Kongreß der Werttätigen Stellung. In einer Resolution erklärten die Werttätigen die Sympathie und Unterstützung für den Kongreß der Werttätigen und beschloßen die Entsendung einer Delegation. Eine Resolution des gleichen Inhalts wurde in der Delegiertenversammlung der deutschen Angestelltenfabrik in Leipzig-Plagwitz angenommen.

Geistes Stellung zum Regierungsmemorandum

Die Bergarbeiter wollen den Bergarbeiterverband zerlegen

London, 25. September.

Nach Empfang des Scheiterns von Baldwin erklärte Cool, daß die Regierung damit den Bericht der Kommission abgelehnt abgelehnt habe. Die am Montag zusammengetretene Bergarbeiterkonferenz erklärte heute ihre Entscheidung. Sie glaubt, daß die Haltung der Regierung die Opposition der Bergarbeiter in den Grodbetrieben gegen die Bedingungen, die man ihnen aufzwingen wollte, zu verstärken werde. Er fühle noch kein Zeichen für eine Lösung des Konflikts und die Beendigung des Kampfes, weil die in den Betrieben angebotenen Bedingungen eine angemessene Verbesserung nicht gähten.

Das Berliner Tageblatt“ vom Sonntag läßt sich von seinem Berichterstatter aus London melden, daß die Politik der Bergarbeiterkonferenz lediglich darauf hinausgehe, die Auflösung des englischen Bergarbeiterverbandes zu erzwingen. Die distinktionale Regelung der Löhne, die die Bergarbeiterkonferenz fordern, sei ein Mittel, um die Bergarbeiterkonferenz zu zerlegen. Sie amnimmer dürften die Bergarbeiter zu diesem Zweck der Bergarbeiterkonferenz die Hand reichen. Es heißt ihnen nichts anderes, als weiter zu kämpfen. Mit aller Kraft müßten die Bergarbeiter des Kontinents, und nicht nur die Bergarbeiter, sondern auch die anderen Arbeiterkategorien, die Hilfe für die englischen Bergarbeiter organisieren.

Klassenjustiz und kein Ende

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 25. September.

Nach einmütiger Verhandlung verurteilte das Reichsgericht zu Dreher Dulle aus München wegen Beihilfe zum Hochverrat und Beihilfe zum Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz und gegen die Republikverfassung zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe. Das Reichsgericht hat den Antrag des Reichsanwalts auf drei Jahre Gefängnis nicht angenommen, weil gegen Dulle absolut nichts vorlag.

Gelängnisbüßen in Ostpreußen

Ein bürgerlicher Bericht

Die „Frankfurter Zeitung“ der letzten Tage teilt einen Bericht mit den eine Abordnung des Reichsausschusses des Preussischen Landtags über Gefängnisbüßen in Ostpreußen gehen hat. Es geht daraus hervor, daß die Gefängnisbüßen von einem Reichsausschuss der bürgerlichen Landtagsabgeordneten, vorläufig:

„In Ansbach wurden die Kandidaten der Jellen und Uchi, dafür gibt es in den völlig unberühmten, 1834 von Schmitt erbauten Häusern — Wägen, die von den Kassen im Krieg eingekauft, trotz aller Maßnahmen aus dem alten Wägen und Balken nicht herauszubringen sind. Das Schlimmste aber ist, merkte uns in Königsberg. Drei Frauen hinter dem die Gericht ohne Licht und Luft eingekerkert. Wollig nicht belegt mit — Unterfütterungsgangenen, die man wegen der Unterfütterung an anderen Orten nicht unterbringen kann. Wie für 45 Frauen in einem auf schon unangenehmen Standort abteilten Pausen. Aber 100 Prozent mehr hind jurist darin, die im Wägen in Königsberg. Drei Frauen hinter dem die im ersten Zimmer 8 bis 12 Frauen, in einem größeren 20 bis 30 Tag und Nacht eingekerkert, in der Erde die Kübel, in einer anderen Eden ein Kinderbett — mitunter mit einem neu in die Anzahl Geborenen. Ringsherum Betten, die doppelt übereinander und Nachts zurzeit der deutschen Besetzung Wägen in Wägen gelegt, den ganzen Boden voll, damit die Schloßknechte anerkennen. Und fast alle — Unterfütterungsgangenen deren Schuld noch gar nicht festgestellt! Was soll hier der Frau, dem Mädchen werden, die unter irgendeinem Vorwand in Haft genommen sind, wie es Hunderten und Tausenden passiert und hier zwischen Dienen und Dienen, welche Suppen und Gefangenen, die unterfütterungsgangenen, die unterfütterungsgangenen im Keller, direkt neben den Köchen, mal und dunkel! Da müßen Strafen — mitunter mordend — nicht streift werden, bei denen es nur Waffer und Brot und harte Arbeit gibt und nur jeden dritten Tag normale Kost und Bett. Jinge Kandidaten oder Büßen, die man lo unterbringen wollte, wenn binnen einer Woche tot. Die Aufschüttung in jeder Wägen erstickt.“

Somit der bürgerliche Bericht! Man braucht nicht nichts hinzufügen als die Tatsache, daß in solchen Fällen revolutionäre Arbeiter Monat um Monat in Unterfütterungshaft sitzen, Arbeiterinnen, die durch den barbarischen § 218 ins Zuchthaus oder Gefängnis geworfen werden. Der bürgerliche Bericht wehlt über die Tatsache, daß Unterfütterungsgangenen, die oft unangenehm liegen, welche Dienen und Dienen sitzen müßen. Das ist genau das, was man über jeden Dienen und Dienen nicht auch unter diesen launlichen Verhältnissen und hind diese Menschen als Produkt der kapitalistischen Verhältnisse nicht ebenio einer menschenunwürdigen Behandlung ausgelegt als unangenehme Unterfütterungsgangenen?

Nach dem Breslauer Klubad

Breslau, 24. September.

Die Stadterordnungsverammlung in Breslau beschloß, die bei der brutalen Polizeistaats auf die Erwerbslosen erhobene Prozeß auf Stadtkosten zu belasten. Für Notstandsarbeiten wurden 800000 Mark benötigt und der Magistrat beantragt, bei der Reichsregierung die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf die gleiche Höhe von Erwerbslosenkontoren anzufragen.

150 bulgarische Bauern erschossen

Ans Bulgarien bringen jetzt Einzelheiten über den furchtbaren Unterdrückungszustand, den die Regierung erneut gegen die beiden Klassen begonnen hat. Die Bewohnern in den Kreisen Woiwitsch, Trogan und Tselwan dauern fort, wobei die Bevölkerungsgewalttätige, die Verbrechen, die während des Krieges in Bulgarien begangen wurden, die bulgarische Presse nicht weniger als 20 verhaftete Bauern aus dem Kreis Borina, von denen die Behörden mitteilen, sie seien jetzt verurteilt, er mordet wurden. Die 20 Geiseln wurden erschossen, weil Teile ihrer Weiber aus der Erde, in die man sie eingeworfen hatte, hervorströmten. In den drei obengenannten Kreisen sind mehr als 150 Bauern haktig er mordet worden.

Nach die in den Städten massenweise Verhafteten hind unangenehme Folterungen ausgeübt, weil die Polizei Wägen erpressen will, die dazu dienen sollen, einen neuen Ministerposten gegen die Kommunisten anzugehen. In bulgarischen Wägen werden Verurteilungen von Verurteilten bekanntgegeben, aus deren Wägen umhänden herozogt, wie die Gelangenen gequält und in Gefängnisgefängnissen getrieben werden. Nach Gewerkschaften werden jetzt verhaftet und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Regierung einen Umschwung gegen die unabhängigen Gewerkschaften vorbereitet.

Die Stimme des gesamten europäischen Proletariats muß sich erheben, um dem unermesslichen Wägen der bulgarischen Wägenhender Einhalt zu gebieten. Das Proletariat muß die Diktatur der Wahrheit und die auf die Unmenschlichkeiten aufzuklären machen, die täglich und stündlich von der bulgarischen Regierung begangen werden.

